

## Die Erklärung von Dublin über Partnerschaft zur Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien vom 24.2.2004

(Aus dem englischen Original übersetzt vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung)

*Vor dem Hintergrund der globalen Notlage der HIV/Aids-Epidemie und der Tatsache, dass weltweit 40 Millionen Menschen mit HIV/Aids leben, 90 Prozent in Entwicklungsländern und 75 Prozent in Afrika südlich der Sahara, haben sich Vertreter von Staaten und Regierungen aus Europa und Zentralasien zusammen mit eingeladenen Beobachtern anlässlich der Konferenz "Breaking the Barriers - Partnership to fight HIV/AIDS in Europe and Central Asia" vom 23. bis 24. Februar 2004 in Dublin, Irland, getroffen und folgende Erklärung abgegeben:*

**In der Erkenntnis**, dass Armut, Unterentwicklung und Analphabetentum zu den Hauptfaktoren gehören, die zu der Verbreitung von HIV/Aids beitragen, und mit großer Besorgnis feststellend, dass HIV/Aids die Armut verschlimmert und die Entwicklung in vielen Ländern jetzt umkehrt oder behindert;

**unter Hinweis** auf die Bedeutung eines nachhaltigen, den Armen zu Gute kommenden Wirtschaftswachstums durch Maßnahmen, Programme und Strategien zur Verringerung der Armut für einen erfolgreichen Kampf gegen HIV/Aids;

**in der Erkenntnis**, dass die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen und die Achtung des Rechts auf reproduktive und sexuelle Gesundheit sowie der Zugang zu sexueller Aufklärung, Information und Gesundheitsdiensten und Offenheit im Umgang mit Sexualität grundlegende Faktoren beim Kampf gegen die Pandemie sind;

**in Bekräftigung** der Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids, die auf der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu HIV/Aids am 27. Juni 2001 verabschiedet wurde;

**in Bekräftigung** der Entwicklungsziele, die in der Millenniumserklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer 55. Sitzung im September 2000 verabschiedet wurde, und im Fahrplan für die Umsetzung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen enthalten sind, sowie anderer internationaler Entwicklungsziele und -vorgaben;

**in Bekräftigung** des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (Kairo, 1994) sowie zentraler Maßnahmen zur weiteren Umsetzung des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung, die auf der 21. Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Juli 1999 verabschiedet wurden;

**in Bekräftigung** der Aktionsplattform von Peking (Peking, 1995) und der weiteren Maßnahmen und Initiativen zur Umsetzung der Erklärung von Peking und der Aktionsplattform, die auf der 23. Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Juni 2000 verabschiedet wurden;

**der tiefen Besorgnis Ausdruck gebend**, dass in der europäischen und zentralasiatischen Region jetzt mindestens 2,1 Millionen unserer Menschen mit HIV/Aids leben;

**mit ernsthafter Besorgnis** feststellend, dass eine besonders rapide Eskalation der Epidemie bei Jugendlichen in Osteuropa stattfindet, wo die HIV-Prävalenz in der erwachsenen Bevölkerung in einer Reihe von Ländern eine kritische Höhe erreicht, und auch, dass ein erhebliches Potential für die rapide Verbreitung von HIV in Südosteuropa und Zentralasien vorhanden ist;

**auch mit ernsthafter Besorgnis** feststellend, dass die Prävalenz von HIV/Aids in Westeuropa wieder angestiegen ist, einschließlich HIV, die sich einer anti-retroviralen Therapie gegenüber resistent verhalten; die Krankheit stellt dort nach wie vor eine enorme Bedrohung für unsere Jugendlichen dar;

**unter Hinweis** darauf, dass die am schwersten betroffenen Länder, vor allem im südlichen Afrika, in einem oder mehreren Bereichen der Gesellschaft vor dem Zusammenbruch stehen, und darin übereinstimmend, dass die HIV/Aids-Epidemie in unserer Region zu einer Krise von noch

nie da gewesenem Ausmaß zu werden droht, die die öffentliche Gesundheit, Entwicklung, soziale Kohäsion, nationale Sicherheit und politische Stabilität in vielen unserer Länder untergräbt;

**darin übereinstimmend**, dass wir gemeinsam handeln müssen, um dieser Krise durch verstärkte Koordinierung, Zusammenarbeit und Partnerschaft innerhalb und zwischen unseren Ländern zu begegnen, und dass wir ermutigt werden durch Vorschläge, die auf der Konferenz gemacht werden, um die Fähigkeit der Europäischen Union zu stärken, die Verbreitung von HIV/Aids wirksam zu bekämpfen;

**in Bestätigung** dessen, dass die Achtung, der Schutz und die Förderung der Menschenrechte für die Vermeidung der Übertragung von HIV, die Verringerung des Infektionsrisikos und den Umgang mit den Folgen von HIV/Aids von grundlegender Bedeutung sind;

**in Anerkennung** dessen, dass die Prävention von HIV-Infektionen durch das Fördern von sichererem und verantwortungsbewusstem sexuellen Verhalten und sexuellen Praktiken, einschließlich der Benutzung von Kondomen, das Hauptelement der sub-nationalen, nationalen, regionalen und internationalen Reaktion auf die Epidemie sein muss und dass Prävention, Betreuung und Pflege, Unterstützung und Behandlung für diejenigen, die durch HIV/Aids infiziert und davon betroffen sind, sich gegenseitig verstärkende Elemente einer wirksamen Reaktion sind und in einen umfassenden Ansatz zur Bekämpfung der Epidemie integriert werden müssen;

**in der Erkenntnis**, dass in unserer Region zu den Personen, bei denen das Risiko einer HIV/Aids-Infektion am größten ist und die am meisten gefährdeten sind, intravenöse Drogengebraucher und ihre Sexualpartner, Männer mit gleichgeschlechtlichen Kontakten, Prostituierte, Opfer von Frauenhandel, Gefängnisinsassen sowie ethnische Minderheiten und Bevölkerungsgruppen von Migranten, die enge Verbindungen zu Hochprävalenz-Ländern haben, gehören;

**unter Hinweis** darauf, dass HIV/Aids weiterhin auf die allgemeine Bevölkerung übergreifen wird, wenn nicht dringend Maßnahmen ergriffen werden;

**in der Erkenntnis**, dass Frauen und Mädchen besonders gefährdet sind, mit HIV infiziert zu werden;

dass jeder Einzelne und die Gesellschaft insgesamt davon profitieren wird, wenn ein **Schwerpunkt auf die Rolle von Männern und Jungen** bei der Bekämpfung von HIV/Aids und der Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gelegt wird, und dass die Einbeziehung von Männern und Jungen als Partner sie dazu ermutigen wird, Verantwortung für ihr Sexualverhalten zu übernehmen und die Rechte von Frauen und Mädchen zu achten;

**in der Erkenntnis**, dass wir, um der HIV/Aids-Krise begegnen zu können, starke Systeme und Dienste zur gesundheitlichen Grundversorgung brauchen, um einen allgemeinen und gleichen Zugang zu HIV/Aids-Prävention, Behandlung und Betreuung und Pflege sicher zu stellen;

**in der Erkenntnis**, dass der Erfolg bei der Bekämpfung von HIV/Aids mit der Bekämpfung von anderen sexuell übertragbaren Infektionen und der Bekämpfung von Tuberkulose zusammenhängt;

**unter Hinweis** darauf, dass Jugendliche zwar gefährdet sind, aber bei der Bekämpfung von HIV/Aids selbst eine Schlüsselrolle spielen und den Wandel bewirken können, und dass sie eine bedeutende Ressource für die Reaktion auf nationaler und regionaler Ebene darstellen;

**in Anerkennung** dessen, dass der Grundsatz der stärkeren Einbeziehung von Menschen, die mit HIV/Aids leben oder davon betroffen sind, für ethische und effektive nationale Reaktionen auf die Epidemie von zentraler Bedeutung ist;

**in der Erkenntnis**, dass Investitionen in Forschung und Entwicklung mit dem Ziel, effektivere therapeutische und präventive Instrumente zu erhalten, wie z. B. Mikrobizide und Impfstoffe, von wesentlicher Bedeutung sein werden, um den langfristigen Erfolg der Reaktionen auf HIV und Aids sicher zu stellen;

**haben wir die folgenden Maßnahmen vereinbart, um die Umsetzung der Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids zu beschleunigen:**

### **Führung**

1. Eine **starke und verantwortliche Führung** auf der Ebene unserer Staats- und Regierungschefs fördern, um unsere Menschen vor dieser Bedrohung ihrer Zukunft zu schützen, und die Menschenrechte fördern und Stigmatisierung begegnen und den Zugang zu Aufklärung, Information und Dienstleistungen für alle, die bedürftig sind, sicher stellen;
2. eine **starke Führung durch die Zivilgesellschaft und den privaten Sektor** in unseren Ländern unterstützen und erleichtern als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele und Vorgaben der Verpflichtungserklärung;
3. die **Umsetzung der Bestimmungen der Verpflichtungserklärung** zu Waisen und Mädchen und Jungen, die mit HIV/Aids infiziert und davon betroffen sind, beschleunigen<sup>1</sup>;
4. **nationale HIV/Aids-Partnerschaftsforen** einrichten und stärken, einschließlich einer sinnvollen Mitwirkung der Zivilgesellschaft und insbesondere von Menschen, die mit HIV/AIDS leben sowie derjenigen, die sich für sie einsetzen, um die Bekämpfung der Krankheit zu gestalten, zu überprüfen, zu überwachen und über Fortschritte zu berichten und um rechtzeitig und entschlossen Maßnahmen zu ergreifen mit dem Ziel, Hindernisse bei der Umsetzung zu identifizieren und sie anzugehen;
5. in den Jahren 2004-2005 die **aktive Einbeziehung der Organe der Europäischen Union und anderer relevanter Organe und Organisationen** wie z. B. die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Europarat, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und das Regionalkomitee der Weltgesundheitsorganisation in Partnerschaft mit UNAIDS durch dessen Trägerorganisationen und sein Sekretariat im Rahmen unserer gemeinsamen Anstrengung zur Stärkung von Koordinierung und Kooperation fördern;
6. die Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien **regelmäßig auf die Tagesordnung** unserer regionalen Organe und Organisationen setzen;
7. verstärkt und ergebnisorientiert **finanzielle und technische Ressourcen zur Ausweitung des Zugangs zu Prävention, Betreuung und Pflege sowie nachhaltiger Behandlung**, einschließlich einer wirksamen kostengünstigen Behandlung wie z. B. mit Generika, in den am stärksten betroffenen Ländern mit dem größten Bedarf durch nationale und regionale Zuwendungen sowie durch den Global Fund zur Bekämpfung von Aids, TB und Malaria, die Europäische Union, neue staatliche und private Partnerschaften, multilaterale und bilaterale Finanzierungsmechanismen bereit stellen;

### **Prävention**

8. unsere **Anstrengungen verstärken**, um sicher zu stellen, dass das Ziel der Verpflichtungserklärung<sup>2</sup> erreicht wird, wonach bis 2005 mindestens 90 Prozent der jungen Männer und Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren Zugang zu Informationen und Aufklärung, einschließlich Aufklärung durch Gleichaltrige und jugendspezifische HIV-Aufklärung, sowie zu Maßnahmen zur Vermittlung der Lebenskompetenzen, die für die Verringerung der Gefährdung durch HIV-Infektionen notwendig sind, haben, im Dialog mit Jugendlichen, Eltern, Familien, Pädagogen und Leistungserbringern im Gesundheitswesen;
9. bis 2010 durch den **Ausbau von Programmen** sicher stellen, dass 80 Prozent der Personen, bei denen das HIV/Aids-Risiko am größten ist und die am stärksten gefährdet sind, von einem breiten Spektrum von Präventionsprogrammen erfasst werden, die Zugang zu Infor-

---

<sup>1</sup> Verpflichtungserklärung der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu HIV/Aids, Absätze 65-67

<sup>2</sup> Verpflichtungserklärung der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu HIV/Aids, Ziel 53

mationen, Leistungen und Hilfsmitteln für die Prävention bieten und Faktoren ermitteln und angehen, auf Grund derer diese Gruppen und Gemeinschaften besonders gefährdet sind, sowie ihre Gesundheit fördern und schützen und die grenzüberschreitende, subregionale und regionale technische Zusammenarbeit und den Austausch von besten Praktiken durch die EU und regionale Organisationen bei der Prävention der Übertragung von HIV in gefährdeten Gruppen intensivieren;

10. für **intravenöse Drogengebraucher** den Zugang zu Maßnahmen zur Prävention, zur Behandlung von Drogenabhängigkeit und zur Reduzierung der schädlichen Folgen des Drogenkonsums durch das Fördern, Ermöglichen und Unterstützen der breitflächigen Einführung von Programmen zur Prävention, zur Behandlung von Drogenabhängigkeit und zur Reduzierung der schädlichen Folgen des Drogenkonsums<sup>3</sup> (z. B. Nadel- und Spritzenprogramme, Verteilung von Desinfektionsmitteln und Kondomen, freiwillige HIV-Beratung und Tests, Drogensatztherapie, Diagnose und Behandlung von sexuell übertragbaren Infektionen) im Einklang mit der nationalen Politik ausbauen;
11. sicher stellen, dass **HIV-positive Frauen und werdende Mütter** in den Bereichen der Gesundheit von werdenden Müttern und der reproduktiven Gesundheit Zugang zu einer Gesundheitsversorgung von hoher Qualität haben sollten, um einer Mutter-Kind-Übertragung vorzubeugen;
12. bis 2010 die **Infektion von Säuglingen mit HIV** in Europa und Zentralasien abbauen<sup>4</sup>;
13. sicher stellen, dass **Männer, Frauen und Jugendliche** allgemeinen und gleichen Zugang zu einem umfassenden Spektrum von qualitativ hochwertigen, sicheren, zugänglichen, erschwinglichen und zuverlässigen Leistungen, Hilfsmitteln und Informationen in den Bereichen reproduktive und sexuelle Gesundheit, einschließlich Zugang zu Methoden der Prävention wie z. B. Kondome für Männer und Frauen, freiwillige Tests, Beratung und Folgemaßnahmen, haben und die Nutzung dieser Leistungen, Hilfsmittel und Informationen fördern;
14. bis 2005 **nationale und regionale Strategien und Programme** entwickeln, um die Fähigkeit von Frauen und jungen Mädchen zu verbessern, sich vor dem Risiko einer HIV-Infektion zu schützen und ihre Gefährdung zu verringern;
15. bis 2005 **nationale und regionale Strategien** entwickeln, um sicher zu stellen, dass alle **Männer und Frauen in den uniformierten Diensten**, einschließlich der bewaffneten Streitkräfte und der Zivilverteidigungskräfte, Zugang zu Informationen, Leistungen und Hilfsmitteln für die Prävention haben mit dem Ziel, risikoreiches Verhalten zu verringern und sicheres Verhalten zu fördern, und bei der Europäischen Union, der NATO und anderen regionalen und internationalen Sicherheitsorganen darauf drängen, sich in Partnerschaft mit UNAIDS an die Spitze dieser Bemühungen zu stellen;
16. die **Inzidenz und Prävalenz von sexuell übertragenen Infektionen** insbesondere bei denjenigen, bei denen das HIV/Aids-Risiko am größten ist und die am stärksten gefährdet sind, durch ein verstärktes öffentliches Bewusstsein um deren Rolle bei der Übertragung von HIV, durch verbesserte und leichter zugängliche Dienste für eine schnelle Diagnose und effiziente Behandlung kontrollieren;
17. im Einklang mit internationalen Standards **Überwachungssysteme** finanzieren, verbessern und harmonisieren, um die Epidemie, risikoreiches Verhalten und die Gefährdung durch HIV/Aids zu verfolgen und zu überwachen;
18. die **Global Commission on International Migration** ersuchen, bei ihrer Arbeit die Bedrohung zu berücksichtigen, die HIV/AIDS insbesondere für Migrantinnen sowie für Kinder ohne Begleitung und Waisen darstellt;

---

<sup>3</sup> Die WHO empfiehlt, dass mindestens 60 Prozent der intravenösen Drogengebraucher Zugang zu Programmen zur Behandlung der Drogenabhängigkeit und zur Reduzierung der schädlichen Folgen des Drogenkonsums haben sollten, damit in Bezug auf die Epidemie in dieser Gruppe eine Wirkung erzielt wird.

<sup>4</sup> Abbau wird dahingehend definiert, dass weniger als 2% aller neuen Infektionen durch eine Mutter-Kind-Übertragung erfolgen.

19. das **Engagement für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für neue Technologien** verstärken, die den Präventionsbedürfnissen von Menschen, die mit HIV leben oder am stärksten gefährdet sind, besser entsprechen, einschließlich verstärkter Investitionen des öffentlichen Sektors in Impfstoffe und Mikrobizide zur Prävention einer HIV-Infektion;

### Leben mit HIV/Aids

20. **Stigmatisierung und Diskriminierung** von Menschen, die in Europa und Zentralasien mit HIV/Aids leben, bekämpfen, was auch eine kritische Überprüfung und Überwachung von bestehenden Rechtsvorschriften, Politiken und Praktiken einschließt, mit dem Ziel, die wirksame Wahrnehmung aller Menschenrechte für Menschen, die mit HIV/Aids leben, und für Angehörige der betroffenen Gruppen zu fördern;
21. bis 2005 **allgemeinen Zugang zu effektiver, erschwinglicher und gleicher Prävention, Behandlung sowie Betreuung und Pflege**, einschließlich einer sicheren anti-retroviralen Behandlung, für Menschen, die mit HIV/Aids in den Ländern unserer Region<sup>5</sup> leben, wo der Zugang zu einer solchen Behandlung zurzeit nicht allgemein ist, schaffen, auch durch die technische Unterstützung der VN im Rahmen der globalen Initiative, an deren Spitze die Weltgesundheitsorganisation und UNAIDS stehen und die sicher stellen soll, dass bis 2005 weltweit 3 Millionen Menschen anti-retrovirale Behandlung erhalten ("3 by 5"). Das Ziel der Bereitstellung einer effektiven anti-retroviralen Behandlung muss so verfolgt werden, dass es sich schwerpunktmäßig auf von Armut Betroffene konzentriert, es muss der Grundsatz der Gleichheit gelten und die Behandlung muss für diejenigen erbracht werden, bei denen das Risiko einer HIV/AIDS-Infektion am größten ist und die am stärksten gefährdet sind;
22. die frühzeitige **Umsetzung des WTO-Beschlusses vom 30. August 2003** über die Umsetzung von Absatz 6 der Doha-Erklärung zum TRIPS-Abkommen und zu öffentlicher Gesundheit sicher stellen;
23. dafür sorgen, dass **Menschen, die mit HIV/Aids leben**, verstärkt Zugang zu nicht-diskriminierender Palliativversorgung, Beratung, psychosozialer Unterstützung, Wohnbeihilfe und anderen relevanten sozialen Leistungen haben;
24. in **staatliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten** für die Entwicklung von erschwinglichen und leichter handhabbaren Therapeutika und Diagnostika investieren, um einen erweiterten Zugang zu Behandlung zu unterstützen und die Lebensqualität von Menschen, die mit HIV leben, zu verbessern;
25. bei der **Leistungserbringung in den Bereichen Prävention, Behandlung sowie Betreuung und Pflege**, insbesondere für Menschen, bei denen das Risiko einer HIV/Aids-Infektion am größten ist und die am stärksten gefährdet sind, beste Praktiken verfolgen und konkrete Schritte zum Austausch von Informationen ergreifen;

### Partnerschaft

26. die **Koordinierung, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den Ländern Europas und Zentralasiens** sowie mit ihren transatlantischen und anderen Entwicklungspartnern stärken, um auf lokaler Ebene die Fähigkeit zu verbessern, die Epidemie in den am schwersten betroffenen Ländern mit dem größten Bedarf und in Ländern, in denen die Gefahr einer massiven Epidemie groß ist, zu bekämpfen und ihre Folgen abzumildern;
27. die **Zivilgesellschaft und religiöse Organisationen sowie Menschen, die mit HIV/Aids leben** und Menschen, bei denen das Risiko einer HIV/AIDS-Infektion am größten ist und die am stärksten gefährdet sind, in die Entwicklung und Umsetzung von nationalen HIV/Aids-

---

<sup>5</sup> Nach Schätzungen der WHO lag das Behandlungsdefizit in der Region im Jahr 2003 bei mindestens 100.000 Menschen.

Präventions- sowie Betreuungs- und Pflegestrategien und Finanzierungsplänen einbeziehen, auch durch die Mitwirkung in nationalen Partnerschaftsforen;

28. mit **Führungskräften aus dem privaten Sektor** arbeiten bei der Bekämpfung von HIV/Aids durch Programme zur Aufklärung am Arbeitsplatz, Maßnahmen zur Nichtdiskriminierung von Beschäftigten, Vorkehrungen zur Behandlung, Beratung, Betreuung und Pflege sowie Unterstützung und durch ein Zusammenwirken mit Politikern auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene;
29. die **nationale und internationale pharmazeutische Industrie** in eine staatlich-private Partnerschaft einbeziehen, die auch relevante internationale Organisationen wie z. B. die Weltgesundheitsorganisation einschließt und die dazu beitragen soll, die Epidemie an allen Stellen entlang der Arzneimittelversorgungskette - von der Herstellung über die Preisbildung bis zum Vertrieb - anzugehen;
30. eine **wirksame Koordinierung zwischen Gebern, multilateralen Organisationen, der Zivilgesellschaft und Regierungen** bei der wirksamen Erbringung von Hilfe für die Länder sicher stellen, die bei der Umsetzung ihrer nationalen HIV/Aids-Strategien am stärksten Unterstützung benötigen, auf der Grundlage der laufenden Prozesse zur Vereinfachung und Harmonisierung, insbesondere der Leitsätze von UNAIDS;<sup>6</sup>
31. **tragfähige Partnerschaften mit den Medien** begründen, in Anerkennung der wichtigen Rolle, die sie bei der Beeinflussung von Einstellungen und Verhalten und der Vermittlung von Informationen über HIV/Aids spielen;
32. eine **stärkere regionale Zusammenarbeit und die Bildung von Netzwerken** zwischen Menschen, die mit HIV/Aids leben, und Organisationen der Zivilgesellschaft **in Europa und Zentralasien** unterstützen und das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids aufrufen, diese Zusammenarbeit in Partnerschaft mit der Europäischen Union, bestehenden Netzwerken der Zivilgesellschaft und anderen regionalen Partnerinstitutionen zu fördern, zu erleichtern und zu koordinieren;

### **Folgemaßnahmen**

33. Wir verpflichten uns, die **Umsetzung der in dieser Erklärung aufgeführten Aktionen** zusammen mit denjenigen, die in der **Verpflichtungserklärung der Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu HIV/Aids** enthalten sind, eingehend zu überwachen und zu evaluieren, und rufen die **Europäische Union** und andere relevante regionale Organe und Organisationen auf, in Partnerschaft mit dem **Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids** geeignete Foren und Mechanismen einzurichten, einschließlich der **Einbeziehung der Zivilgesellschaft und von Menschen, die mit HIV/Aids leben**, um **Fortschritte auf regionaler Ebene alle zwei Jahre, zum ersten Mal im Jahr 2006, zu bewerten**.

**Dublin, 24. Februar 2004**

---

<sup>6</sup> Diese besagen, dass es einen vereinbarten nationalen HIV/AIDS-Aktionsrahmen, nach dem sich alle Partner ausrichten, eine nationale AIDS-Stelle mit einem breit angelegten multisektoralen Mandat und ein vereinbartes Überwachungs- und Evaluierungssystem auf Landesebene geben sollte.